

Baugewerkschaft

Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Bezugspreis vierteljährlich 2,50 Reichsmark (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 9 Uhr.

Geschäftsstelle und Schriftleitung
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Für die Petitzeile 0,60 Reichsmark (Reklame 1,20 Reichsmark) zur Zeit der Zahlung. — Schluss der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

Wege und Ziele des gewerkschaftlichen Bildungswesens

Von Dr. Franz Röhr

Das gewerkschaftliche Bildungswesen ist nur ein Teil des gesamten Bildungswesens. Wie für dieses, so ist auch für jenes ein klarer, idealer Bildungsbegriff eine unerlässliche Voraussetzung. Die Geschichte hat uns kein Bildungsideal überliefert, das uns Heutigen auch als Christen und Gewerkschaftlern zusagte. Weder das griechische Ideal des „schönen und guten Menschen“, noch das römische des „tüchtigen Bürgers“, noch das des Renaissancezeitalters mit seiner Galantheit und gesellschaftlichen Gewandtheit, noch das dem Griechischen verwandte Ideal des harmonischen, ehlen, schönen, guten und hilfreichen Menschen der Goethezeit, noch das des „forschenden Kerls“ der Wilhelminischen Zeit genügen uns heute; noch auch helfen wir Wissen und Gelehrtheit schon für Bildung. Wir sind ernster, umfassender, bringen tiefer ein und wollen höher hinaus. Vor allem haben wir im Gegensatz zu der vorausgegangenen Epoche die Auffassung, daß Bildung niemals ein abgeschlossener Besitz von Kenntnissen, überhaupt kein Zustand, sondern ein Werden ist, das weder für den einzelnen Menschen, noch für die Menschheit jemals, soweit wir zu erkennen vermögen, zu Ende sein wird. Und zwar ist es ein Werden im Hinblick auf ein Ideal. Die Menschen können recht verschiedene Bildungsideale aufstellen; für den christlichen Menschen ist es der christliche Gott als der allwissende, allweise, getreue, gerechte, wahrhafte Gott, der Schöpfer und Erhalter aller Dinge ist. Sich Gott ebenbildlich zu machen suchen, in dieser Richtung alle geistigen und körperlichen Anlagen durch Triebe und Kräfte entfalten, heißt sich bilden. Da einerseits Gott „die Summe aller Ideale“ ist, andererseits die Menschen recht verschieden veranlagt sind, so ist nicht gesagt, daß alle Menschen typen verschwinden müssen. Im Gegenteil, sie sind und werden als Persönlichkeiten recht verschiedene Formen annehmen, insbesondere wegen der Eigentümlichkeiten des Volkstums und der Volkskultur, sowie infolge der beruflichen Sonderveranlagung und -bildung, der innerhalb der Allgemeinbildung der Anlagen und Kräfte eine hervorragende Bedeutung — und zwar keineswegs nur bei dem Handarbeiter — zukommt. In unserem Bildungsideal ist also das Gute aller denkbaren Bildungsideale enthalten; es umfaßt nicht nur das Wissen, sondern auch den Charakter, vor allem die Entschlußkraft und den Willen, auch die Umwelt besser zu gestalten.

Dieses wahre Bildungsideal in voller Klarheit, auch mit allen Folgerungen für das menschliche Handeln darzustellen und den Menschen einzupflanzen, ist Aufgabe des allgemeinen Bildungswesens, also insbesondere Aufgabe der Kirche, der Schule und aller Persönlichkeiten, die dazu berufen sind. Die Gewerkschaften sind dazu nicht in erster Linie berufen. Aber schon durch ihre rein gewerkschaftliche Tätigkeit schaffen sie unumgängliche Voraussetzungen für eine berattene Bildung.

Diese macht die von ihr erstellten und beeinflussten Menschen selbstbewußt, gibt ihnen Halt und Vertrauen, reißt sie aus ihrer Isolierung und Dumpfheit, macht sie wach, setzt ihnen große Ziele und gibt ihnen so ein Stück Menschenwürde. Weiter: die volle Bildung, von der wir sprechen, kann nämlich nur dann im einzelnen Menschen werden, wenn er nicht von materiellen Sorgen niedergedrückt wird und über hinreichende Ruhe verfügt, um das Bildungsideal in sich lebendig zu machen und wahre Bildungsarbeit an sich selbst — das ist ausschlaggebend — zu leisten. Das materielle Los der Arbeiterschaft zu erleichtern, ihre Kaufkraft zu erhöhen und ihr Zeit zu verschaffen, während der sie über sich selbst bestimmen kann, war, ist und wird sein die Hauptaufgabe der Gewerkschaften. Es ist nur zu wünschen, daß sich die Erkenntnis dieser Bedeutung der ersten Aufgabe der Gewerkschaften für Millionen von Volksgenossen und damit für die Kultur allseitig Bahn bricht. Man braucht übrigens nur viele Gewerkschaften persönlich zu kennen, um zu dieser Einsicht zu gelangen. Man erkennt dann allerdings auch die hervorragende Bedeutung der Weltanschauung für die Bildung der Arbeiter. Der christliche, der freigeistliche und der S.-D.-Mann, alle Gewerkschaftler, erweisen sich als verschiedenartig gebildet. Da uns das eingangs geschilderte Ideal, das Ideal der christlichen Vollbildung, als das höchste erscheint, so ergibt sich für die christlichen Gewerkschaften eine mittelbare Bildungsaufgabe, nämlich überall für die Anerkennung dieses Bildungsideals und für die Wirksamkeit von Personen und Einrichtungen, die es in den Menschen fördern, einzutreten. Wir tun also nichts, als daß wir unseren Zielen dienen, wenn wir für die private und öffentliche Anerkennung und Pflege des Christentums eintreten; wir tun nichts als unsere Pflicht, wenn wir die christlichen Kirchen und Schulen verteidigen und fördern, wie handeln wir

unseren tiefsten Einsichten und höchstem Ziele entsprechend, wenn wir die ganze deutsche Kulturgeschichte und das deutsche Volkstum pflegen und gepflegt wissen wollen; denn es ist ein wesentlicher Bestandteil der Grundlagen und Ziele unserer Bildung.

Wenn wir so weit ausholen, dann deswegen, weil wir unserer Weltanschauung entsprechend univiersellem Denken und Schauen geneigt sind. Alles hängt irgendwie zusammen, alles hat mit allem, jedes mit jedem etwas zu tun.

Es ist aber ohne weiteres klar, daß die Gewerkschaften entsprechend ihrem Charakter als Gewerkschaften eine gewisse Sonderbildung pflegen müssen: Das ist die Förderung wirtschaftlicher und sozialer Einsichten und Kenntnisse, die Förderung beruflichen Wissens und Könnens und die Stärkung der für die Gewerkschaften besonders wichtigen Charaktereigenschaften. Wie für das Bildungswesen der Besitz eines Bildungsideals, so ist für wirtschaftliche Erkenntnis und wirtschaftspolitisches Handeln ein wirtschaftspolitisches Gesamtziel von größter Wichtigkeit. Die freien Gewerkschaften besaßen ein solches, wir sind auf gutem Wege zu einem solchen. Ich erinnere an die Arbeiten des eben verstorbenen Vater Reich, an die Ausführungen in der Zeitschrift von 1924 und an viele Aufsätze in der „Deutschen Arbeit“. Diese Denkarbeit muß mit aller Energie weitergeführt werden. Je mehr Licht sie fündet, desto besser geht sie von statten. Die wirtschaftliche Forschungs- und Zielsetzungsarbeit muß von wirtschaftlicher Bildungsarbeit an den Mitgliedern begleitet sein.

Die berufliche Bildung kann von den Gewerkschaften in der Hauptstadt nur mittelbar gepflegt werden, nämlich dadurch, daß sie ein gutes Berufsausbildungsrecht herbeiführen und an dessen genauer Durchführung mitwirken, sowie dadurch, daß sie den Mitgliedern nachhaltig den hohen Wert einer gründlichen Berufsausbildung und der getreuen Berufsausübung immer wieder vor Augen führen. Allerdings umfaßt dieser Satz eine Fülle praktischer Bildungsarbeit. Wenn ein Lebriges geschieht, indem z. B. von den Gewerkschaften Fortbildungskurse veranstaltet und Fachzeitschriften herausgegeben werden, wie es hier und da der Fall ist, so ist das sicher zu begrüßen.

Die Herausbildung der sogenannten spezifisch gewerkschaftlichen Charaktereigenschaften, wie Selbstbewußtsein gegenüber allen den Arbeiter niederdrückenden Tendenzen, Glaube an die Ziele der Gewerkschaft, Treue und Opferwilligkeit, Kameradschaft, Disziplin, Entschlußkraft und Handlungsbereitschaft muß ständig bei allen Bildungsarbeiten nebenhergehen. Sie ist für den Bestand der Gewerkschaften und den Erfolg ihrer Arbeit geradezu lebenswichtig.

Wie kann nun diese vielseitige, allerdings insgesamt dem höchsten Ziele untergeordnete unmittelbare Bildungsarbeit geleistet werden? Die bisherigen Mittel: Vorträge, Kurse, Zeitungen, Zeitschriften haben in der Vergangenheit ihre große Bedeutung gehabt und werden sie auch in Zukunft behalten müssen. Nur muß mehr Gewicht gelegt werden auf die Herausstellung und Förderung des allgemeinen Bildungsideals, und auf allen Teilgebieten muß eine tiefere Einsicht, ein lebhafteres Bildungsstreben und stärkeres wirtschaftliches Wollen wachgerufen werden. Polemik? Gewiß, aber scharf und kurz! Die Gewerkschaften haben lange genug polemisiert. Die positive Bildungsarbeit muß das Feld beherrschen. Richtiger noch als die Mittel sind die Personen, die sie anwenden. Es fehlt in den Gewerkschaften noch sehr an pädagogischen Kräften. Man kann sie nicht herbeizaubern, aber wo sie sich zeigen, müssen sie gefördert werden. Sie sind besonders wichtig für ein Gebieten der Kurzarbeit. Diese aber wird in Zukunft das Hauptbildungsmittel sein, soweit es sich um die Übermittlung von Wissen handelt. Kürzere und längere Kurse bis zu 4 und 6 Wochen werden in Zukunft für die verschiedenen Kreise (Vertrauensleute, Jugendführer, Gewerkschaftsangestellte, Betriebsräte, Rechtschutzbünde) ununterbrochen abzuhalten sein. Vorbereitender Fernunterricht, „völlige geistige Loslösung der Teilnehmer aus ihrer Umgebung“, „sozialistische Lehrmethode“, dauernde Ermunterung zur eigenen Weiterbildung von einer zentralen Stelle aus“, damit mag angedeutet sein, um welche Methode es sich hier handelt.

Die Charakterbildung aber, der wichtigste Teil in der gewerkschaftlichen Bildung, kann nur zu einem geringen Teile durch Lehrtätigkeit gefördert werden. Zeit wirksamer ist da der „Geist“, der in der Bewegung herrscht. Dieser aber wird geschaffen und getragen von den Führern. Und sie wirken als Vorbilder, so oder so. Wenn sie auch nicht theoretisch das Vorbild sind oder sein sollen, praktisch sind sie es in hohem Maße.

Für uns gibt es nicht den Gegensatz: Ideal und Wirklichkeit. Das Ideal ist uns das Höhere gegenüber der Wirklichkeit. Wir müssen die Wirklichkeit dem Idealen

näher bringen, vor allem im Persönlichen. Wir brauchen den aktiven Menschen, der real und christlich-ideal zugleich das christliche Zeitalter heraufführen hilft.

Aus der Früh Epoche deutscher Sozialpolitik

Der kürzlich verstorbene, über Deutschlands Grenzen weit hinaus bekannte Freiherr von Berlepsch hat zwei Jahre vor seinem Tode ein Buch herausgegeben, das gerade in jetziger Zeit verdient, von Freund und Gegner der Sozialpolitik und der Gewerkschaftsbewegung nachgelesen zu werden. v. Berlepschs Erinnerungen sollen zur Rechtfertigung der Sozialpolitik dienen, wie sie von den in der Gesellschaft für Soziale Reformen vereinigten Sozialreformern betrieben wird. Es ist kaum ein Mann geeigneter als Berlepsch, aus seinen Erfahrungen und Erinnerungen der Nachwelt das Wesentlichste wiederzugeben. Berlepsch ließ sich nicht durch Theorien und Bücherweisheit leiten, sondern er schöpfte aus dem vollen Leben, wie er es in ausgiebigstem Maße in den verschiedensten Verhältnissen kennengelernt hat. Er stand auf dem Standpunkt: Von allem kann man lernen, wenn man offene Augen hat und sich nicht von vorgefaßten Meinungen beherrschen läßt. Die Praxis war sein Lehrmeister, ohne daß er deshalb die Wissenschaft außer acht gelassen hätte.

v. Berlepsch war stets für die Fortführung der Sozialpolitik, er betrachtete sie geradezu als Staatsnotwendigkeit. Er stand auf dem Standpunkt, zu versuchen, die Arbeiterbewegung durch Erfüllung berechtigter Forderungen ihres revolutionären Charakters zu entleeren und die große Kraft der Arbeiterschaft in den Dienst des Vaterlandes zu stellen. Hätte man diese Einsicht nur früher gehabt! Die Ablehnung der Forderungen der Arbeiterschaft, die so leidenschaftlich geltend gemacht wurden, waren nach seiner Überzeugung der wesentlichste Grund für die Erzeugung und Befestigung der dem Staat und der Gesellschaft feindslichen Stimmungen, welche sich eines großen Teiles der Lohnarbeiter bemächtigt haben. Er gab immer der Überzeugung Ausdruck, wenn berechtigte Forderungen großer und kraftvoller Massen der Bevölkerung nicht rechtzeitig Rechnung getragen werde, die Revolution eintreffe. Einen ähnlichen Standpunkt vertrat bei Herausgabe der Februar-Erlasse auch Kaiser Wilhelm II.; er sagt: „Fast alle Revolutionen, von welchen die Geschichte spricht, lassen sich darauf zurückführen, daß rechtzeitige Reformen versäumt worden sind.“ Das ist richtig, wir hätten die Zustände in Deutschland heute nicht, und die kommunistische und bolschewistische Richtung, die heute das deutsche Volk und Wirtschaftsleben bedroht und unserer Wiederaufrichtung schwere Hemmnisse bereitet, hätte auch nach Überzeugung von Berlepsch nicht den Grad erreicht, den sie erreicht hat. Röge man daraus die Lehre ziehen für die Zukunft. Auch heute gibt es weite Kreise, die die Sozialpolitik wieder rückwärtsrevidieren wollen. Sie seien von Erfahrungen und Persönlichkeiten wie Berlepsch gewarnt.

Berlepsch bekämpfte das Schachmattum. Er wollte ein blühendes Wirtschaftsleben, sah aber ein, daß das mit abhängigen, geknechteten Arbeitern nicht zu schaffen ist. Er wollte die Rückwirkung der Arbeiterschaft im Produktionsprozeß, die Anerkennung der Gewerkschaften, die Eingliederung der Arbeiter und Angehörigen als gleichberechtigte Menschen und Staatsbürger in Gesellschaft und Staat. Das brachte ihm gerade die Gegnerschaft der Schachmatt. Diese fanden an einem anderen Standpunkt. Der Geschäftsjahre des Zentralverbandes der Industriellen, Buch, gab damals die Parole aus: „Niemand werden sich die Arbeitgeber berechnen, mit Vertretern der Arbeiterorganisationen oder anderen außerhalb stehenden Leuten zu verhandeln auf dem Fuße der Gleichberechtigung.“ Das war 1900. Acht Jahre später wurde dieser Anspruch wiederholt: „Gleichberechtigt auf dem Gebiete sozialen und wirtschaftlichen Lebens ist der Arbeiter nicht und kann es niemals sein. Auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete weise ich jede Gleichberechtigung des Arbeiters mit dem Arbeitgeber vollständig zurück.“ Die Unternehmer wollen also Herr im Hause sein. Berlepsch dagegen stand auf dem Standpunkt, daß die Sozialpolitik nicht nur für die Arbeiter, sondern mit den Arbeitern gemacht werden müsse. Wieviel Verbitterung hat das Verhalten der Unternehmer in die Arbeiterbewegung getragen. Die Sozialdemokraten und die Kommunisten haben geradezu die Mitglieder von den Unternehmern in die Arme getrieben bekommen. Während des Krieges und besonders nach der Revolution glaubte man eine Schwelung im Unternehmertum feststellen zu können. Sie strebten mit der Arbeiterschaft eine Arbeits-

*) Sozialpolitische Erfahrungen und Erinnerungen von Dr. Hans Freyher von Berlepsch, Volkswirtschaftslehre, R. Glöckner Verlag, 1925, 215 Seiten, Preis 2,70 R.

gemeinschaft an, lehnten die gelben Gewerkschaften ab, waren sozialpolitischen Ideen zugänglich, zogen die Gewerkschaften als gleichberechtigte Faktoren heran. Auf der Mitgliederversammlung der Vereinigung deutscher Arbeitgeberverbände im März 1923 erklärte der Vorsitzende: „Wir sind überzeugt, mögen wir vor dem Kriege gedacht haben, wie wir wollen, daß heute Deutschland nur bestehen kann durch die Zusammenarbeit von Arbeitnehmern und Arbeitgebern, und daß an dieser Basis nicht wieder gerüttelt werden darf.“ Die Daten in der Folgezeit haben freilich häufig nicht diesen Worten entsprochen.

Berlepsch war ein Freund der Gewerkschaften. Er sah ihre Notwendigkeit ein, er stützte sich dabei auf seine Erfahrungen als Vorsitzender bei verschiedenen Verhandlungen zur Beilegung von Lohnstreitigkeiten. Das Fehlen starker Organisationen und ihrer Führer fühlte er, hielt es für notwendig, daß auf Seiten der Arbeiter verantwortliche und zuverlässige Vertreter ihre Interessen wahrnahmen. Deshalb rief er die Arbeiter auf, sich zu organisieren. Er verwies die Arbeiterschaft darauf, daß der Lohn sich nach Angebot und Nachfrage richtet, auf deren Gestaltung der Lohnarbeiter, solange er vereinzelt dasteht, keinen Einfluß hat. Für den Lohnarbeiter sei die Vereinigung mit den Berufsgenossen völlig unentbehrlich, ja, bei der Ueberlegenheit des Arbeitgebers über den einzelnen Arbeiter, biete sie für ihn den einzigen Weg zur wirksamen Interessenvertretung, zur Abwehr drohender Verschlechterung seiner Lebenslage, und zum Versuch, diese zu verbessern. Als die sozialistische Arbeiterschaft in Radikalismus verfiel, rief er ihr zu, sie solle sich bewußt werden, was sie ihrer Organisation verdanke.

Berlepsch stand besonders den christlichen Gewerkschaften nahe. Das kam nicht nur daher, weil die christlichen Gewerkschaften sich im Gegensatz zu den freien Gewerkschaften sofort nach der Gründung der Gesellschaft für Soziale Reform dieser anschlossen und tatkräftig mitarbeiteten; es kam nicht nur daher, daß die christlichen Gewerkschaften die Ideen Berlepschs verbreiteten und ihn nach Möglichkeit unterstützten im Gegensatz zur Sozialdemokratie, die seine Maßnahmen als „Wasserpflücker“ und „Vetterspennige“ bezeichneten, sondern auch deshalb, weil eine gesinnungsmäßige Uebereinstimmung zwischen von Berlepsch und den christlichen Gewerkschaften festzustellen war. Er selbst sagt:

„Mir persönlich haben die christlichen Gewerkschaften immer besonders nahegekommen, weil meine sozialpolitischen Anschauungen sich im wesentlichen mit den ihrigen deckten, wie sie in den Richtlinien, die der erste Kongreß der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1899 festlegte, sowie in dem Programm der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zum Ausdruck kamen.“

Berlepsch war deshalb auch öfter auf Kongressen und Tagungen der christlichen Gewerkschaften vertreten. Im Jahre 1909 hielt er auf dem christlichen Gewerkschaftskongreß in Köln einen sozialreformistischen Vortrag, und kurz vor dem Kriege einen solchen auf dem Gewerkschaftskongreß in Dresden. Anlässlich des letzten Kongresses in Dortmund in diesem Jahre hat noch ein freundlicher Briefwechsel zwischen v. Berlepsch und der Kongressleitung stattgefunden.

Die Sozialdemokratie und die freien Gewerkschaften lernten erst im Laufe der Jahre die Bedeutung der Gesellschaft für Soziale Reform erkennen. Ursprünglich wurden die Gesetze v. Berlepsch von ihnen belächelt, es wurden aus agitatorischen Gründen immer weitergehende Forderungen gestellt. Nach seinem Abgang verhielt sich die sozialdemokratische Presse recht gleichgültig, ja, sie betrachtete den Abgang sogar als ein vorteilhaftes Agitationsmittel. Die Sozialdemokratie glaubte, die Vereinigung der Sozialisten mit den bürgerlichen Freunden des Arbeiterschutzes müßte zu einer Änderung ihrer Kampfesweise führen. Die Ausschließung des Arbeiterschutzes aus dem Bereiche der sozialdemokratischen Agitation habe das Verlassen des Klassenstandpunktes zur Folge. v. Berlepsch ist es gelungen, die freien Gewerkschaften und namhafte Vertreter der Sozialdemokratie im Laufe der Zeit für die Gesellschaft für Soziale Reform zu gewinnen, so daß jetzt sogar am Grabe v. Berlepsch neben einem Vertreter der christlichen Gewerkschaften ein Vertreter der freien Gewerkschaften nur Mühseliges über ihn sagen konnte.

v. Berlepsch ist tot, aber es leben seine Werke und seine Ideen! Aus seinem Leben können Freunde und Feinde der Sozialpolitik, Freunde und Gegner der Arbeiterbewegung, organisierte und unorganisierte Arbeiter lernen. Die christlichen Gewerkschaftler lesen mit Befriedigung die Erinnerungen, weil sie bestätigt finden, daß sie von Anfang an auf dem richtigen Wege waren und trotz Weltkrieg und Revolution nicht umzulernen brauchten. Ihre Ideen und Programme haben vor wie nach Gültigkeit. Sorgen wir dafür, daß sie sich noch mehr als bisher durchsetzen!

Die Not der erwerbslosen Jugend

Referat des Kollegen Mehr (Duisburg) auf der Jugendtagung in Essen:

Die Arbeitslosigkeit und ihre Folgen sind im Laufe der Jahre zu einer Volksnot angewachsen. Diese Not zu lindern ist der einzelne Mensch oder auch eine einzelne Organisation nicht in der Lage, sondern alle bürgerlichen Kreise sind verpflichtet, nach Möglichkeit an der Linderung einer Volksnot mitzuwirken. Was ist bis heute geschehen, und was kann noch geschehen, um der Not der erwerbslosen Jugend zu steuern? Vom Staate müssen wir verlangen, daß die finanzielle Arbeitslosenunterstützung so gestellt wird, daß auch die Jugendlichen unter 16 Jahren Unterstützung erhalten. Das Arbeitsbeschäftigungsprogramm des Staates eignet sich nicht für die Jugendlichen unter 16 Jahren. Die Arbeiten an Kanalarbeiten übersteigen in den meisten Fällen die Anforderung, die man an den jungen Körper stellt. Ein weiteres Schuljahr einzuführen, scheint auf zu große Schwierigkeiten zu stoßen. Die Verhandlungen, die bisher darüber geführt worden sind, haben negativen Erfolg gehabt. Erfreulicherweise haben vom Staate aus sich hierzu Mittel und Wege gefunden, die Not der erwerbslosen Jugend zu beheben.

Der Redner schilderte dann die Arbeiten der Städte Düsseldorf, Essen, Frankfurt, besonders die

ber Stadt Duisburg, die restlos die jungen Leute in irgendeiner Form erfaßt hat. Es wäre wünschenswert, wenn der Staat die Verötigung dieser Städte finanziell unterstützte, damit die Möglichkeit gegeben wäre, solche Einrichtungen weiter auszubauen. Industrie und Handwerk könnten ebenfalls mehr tun, um die Not der erwerbslosen Jugend zu lindern.

Die moderne Betriebsführung, die Bewirtschafung der menschlichen Arbeitskraft, Spezialisierung und Rationalisierung erfordern in der Zukunft einen anders eingestellten Menschen in der Industrie, als wir ihn heute haben. Wir brauchen Menschen, die die Maschine und die maschinelle Arbeitsweise lieben und werten. Nur erst an ganz wenigen Stellen ist man heute dabei, diesen neuen Industriearbeiter heranzubilden. Wir werden in der Industrie kaum noch ungelernete Arbeiter haben, sondern eine gewisse Ausbildung wird jedermann durchmachen müssen.

Ferner ist zu berücksichtigen, daß der Ausfall von Lehrlingen in den Jahren 1928 bis 1932, der durch den Geburtenrückgang hervorgerufen ist, heute schon wettgemacht werden kann. So wird z. B. die Stadt Essen im Jahre 1932 nur noch, gut die Hälfte Schulentlassene haben wie im Jahre 1922. Man kann damit rechnen, daß wir 1932 einen Lehrlingsmangel, wogegen wir heute Lehrstellenmangel haben. Im Industriegebiet sind zahlreiche leerstehende Werkstätten, die bei gutem Willen Tausende von jungen Leuten aufnehmen könnten. Lehrer und Ausbildungspersonen stehen ebenfalls zur Verfügung, und man soll heute schon dazu übergehen, den Ausfall der Jahre 1928 bis 1932 wettzumachen.

Pflichten gegenüber den Jungen haben wir auch selbst. Müßiggang ist aller Laster Anfang. Das gilt besonders in der heutigen Zeit für die Jungen. Wir müssen uns ernstlich bemühen, in Anbetracht der vielen Gefahren, die uns umdrohen, standhafte und aufrechte Menschen zu werden. Die Zeit, die uns zu Verfügung steht, müssen wir benutzen, uns in irgendeiner Weise fortzubringen. Auch dürfen wir nicht anspruchsvoll sein bei der Berufswahl. Wir sollen immer bedenken, daß es besser ist, irgendein Handwerk als gar keines zu erlernen. Die Erwählung eines Moberberufes wie Kaufmann, Autoschlosser, Elektriker hat die Schattenseite, daß einzelne Berufe überfüllt sind, wodurch diese leicht die Arbeitsbedingungen verschlechtern, andere Berufe dagegen Mangel an Arbeitskräften haben. Wert muß darauf gelegt werden, daß das, was wir lernen, gründlich erlernt wird, denn nur tüchtige Handwerker und Arbeiter kann unsere Wirtschaft in der Zukunft gebrauchen.

Referat des Kollegen Sickers (Essen):

Der Krieg ist das Hauptübel der jetzigen Notzeit. Er hat eine vollständige Uenderung in der Weltwirtschaft zur Folge gehabt. Durch den Versailler Vertrag sind Deutschland lebenswichtige Gebiete genommen. Unsere Kolonien wurden uns entzogen. Die Handelsflotte mußte den Feindstaaten abgegeben werden. Gewaltige Abgaben in bar, Fertig- und Halbfabrikaten wurden uns auferlegt. Nach den Ausführungen des preussischen Handelsministers sind heute trotzdem über

Herbst

Dieses unalt ew'ge Lied,
Jahres wieder wunderwöhlig
Greift es schütternd mir ans Herz.

Mit der blauen Riesenseife,
Glänzend in der Sonne Gold,
— Auch das Unheil kann wohl glänzen —
Kommt er brausend angestürmt,
Er, der abgemalt'ge Tod,
Und wohnt er tritt und lürend
Mit der scharfen Sense schlägt,
Auf das frohe Leben bleichen,
Und des Reifenscherbes der Natur
Sich ergreifend an.
Mit der Frühlingsschander Leichen
Iß die Erde weit bedeckt,
Traurig, traurig,
Und die Leichenvögel schenlich,
Scherf trübend in der Luft
Diesen Raben.

Meinst du, Herz?
Doch siehe, Sonnengoldet
Jauscht ein Kindlein her zu uns,
Epicht mit Tod und weißen Blättern,
Erstet in sich nur jubelnd Leben,
Reuen Frühling.

Georg Kie.

Vom Werden der deutschen Wirtschaft

V.

Die Einzel- und Forstwirtschaft, die wir in dem letzten Artikel behandelt haben, dauert in großen Zügen und im wesentlichen hier und da bis in die Gegenwart hinein fort. Die oberbayerischen Grundbesitzer und die westfälischen Einzelbauern können als Beispiele dafür gelten.

Die typische Wirtschaftform, die das Mittelalter herangeführt hat, ist die Stadtwirtschaft. Um den Lebensbedarf regelmäßiger, ergiebiger und sicherer zu gestalten, trat man sich seit dem 7. Jahrhundert an „Märkten“ (= Handelsplätzen) aus der gesamten Umgebung. Der Verkehr kam zu Lande und wurde, hier hauptsächlich „Kaufmann“, solche Märkte wurden erlän-

derweise in die Nähe einer Burg oder eines geistlichen Sitzes verlegt. So war einerseits die Sicherheit verbürgt, da Burgherr und Abt die Gerichtsbarkeit ausübten, außerdem der Landesherr für Gefährlosigkeit der Marktzugangsstraßen besonders sorgte, andererseits konnte man zugleich seinen kirchlichen Pflichten genügen, indem man den „Zehnten“ seglich und der „Reise“ bewohnte, wonach dann auch der nachfolgende Markt benannt wurde. Das zuerst die alten, römischen Plätze, die als Städte längst verfallen waren, als Märkte benutzt wurden, hatte seinen sehr guten Grund. Einmal lagen sie wirklich sehr günstig, außerdem waren sie meist zugleich Sitz von Kirchenfürsten, denn ein römisches Geis schrieb vor, daß die Bischöfe sich nur in Städten niederlassen durften.

Um den Marktplatz herum entwickelte sich die neue Stadt, indem die Handwerker, oft genug Dörfer, sich bald dort für die Dauer niederließen. Der so ein Jahr in der Stadt gelebt hatte, war frei. „Stadtlust macht frei.“ Um 1300 gibt es schon 1200 Städte mit etwa 1 Million Einwohnern. Die politischen Freiheiten und Rechte der Bürger nahmen durch geschichtliche Parteilichkeit zu, indem die Bürger bei den bald ausbrechenden Streitigkeiten zwischen Bischöfen, Burgherren, Landesfürsten und Kaiser fast immer auf die Seite des letzteren traten und dafür Vergünstigungen erhielten.

Die Stadtwirtschaft beruht auf einem geschlossenen Versorgungsgebiet, das Stadt und Umland freien Landes umfaßt. Die Bürger sind Adurbürger mit vorzugsweise handwerklicher Betätigung, die Bauern liefern die Nahrungsmittel. Sie dürfen kein Handwerk ausüben, sondern müssen ihren Bedarf in der zugehörigen Stadt decken.

Hier schließen sich alle, die dasselbe Handwerk treiben, zu Zünften zusammen. Von Anfang an besteht Zwangscharakter, angeschlossen darf ein Handwerk nicht ausgeübt werden. Die Zunft ist ein Zunftverband, aber nicht um monopolartig die Preise heranzuführen und möglichst viel zu verdienen, sondern um allen „ehrliche Nahrung“ zu verschaffen und die Preise nach bestimmten Vorschriften gerecht festzusetzen. Daher ist die Zahl der Mitglieder beschränkt auf das Maß, dessen wirtschaftliche Existenz gewährleistet ist. Kaufsleute arbeiteten die Handwerker nur auf Bestellung und gegen Lieferung der Rohstoffe; später wurden für die Zunftmitglieder unter öffentlicher Aufsicht Einkaufsstellen für Material: Leder, Tuch usw. eingerichtet.

Die Oberaufsicht über das Wirtschaftsleben der Stadt übte der Rat mit den Vertretern der Zünfte aus. Marktzwang war geboten, heimliches Kaufen und Verkaufen wurde als unerlaubt bestraft; auch Kettenhandel und Fortlauf sind untersagt. Niemand soll Korn kaufen, ehe es gemessen ist.“ In Zeiten der Teuerung wird auch in Handelsstädten jede Ausfuhr von Lebensmitteln verboten,

in Jahren guter Ernte auf Kornböden das Getreide gehäuft. Groß- und Kleinhandel scheiden sich erst im 15. Jahrhundert, und zwar hat jener es lange Zeit nur mit ausländischen Waren zu tun: Süßrüchen, Gewürzen, Seide, kostbaren Stoffen, Felzen, Weinen und auch Fischen; möglich ist der Großhandel natürlich auch erst, nachdem die Geldwirtschaft in weitem Sinne sich durchgesetzt hat. Geld, von „gelten“, beginnt unter dem Einfluß der Kreuzzüge etwa seit Friedrich Barbarossa (12. Jahrhundert) eine Rolle zu spielen. Seitdem nehmen auch die Preise eine festere Gestalt an, der Uberschuß der guten Jahre kann angelegt werden, und Hungersnöte werden seltener. Auch der Freihandel kann sich nun entwickeln, ist allerdings hauptsächlich an die Wasserwege und die unverwundlichen alten Römerstraßen gebunden. Allein der Rheinverkehr hob sich in hundert Jahren um 1300 um das Vierzigfache.

Die Stadtwirtschaft blüht von 1400 bis 1550, erreicht ihren höchsten Stand um 1500. Materielle Blüte und geistige Unfruchtbarkeit fallen wie so oft zusammen, aber jene kann sich auf die Dauer nicht halten.

Reichtum hat sich allmählich gebildet, der Frühkapitalismus entwickelt sich. Unter dem Vorwort Lübeck erreichte die Hanse ihre große wirtschaftlich politische Macht, die das Nationalgefühl auch im Ausland betätigt. Brügge in Flandern war bis nach 1500 der größte und reichste Welthandelsplatz. Ein ähnlicher oberdeutscher Städtebund ist nicht zustande gekommen, sondern hier herrschten in den Kaufmannsstädten Nürnberg, Ulm, Augsburg die großen Handelsgelehrter autonom, besonders durch ihren Verkehr mit den ehebürgerlichen Handelsstädten Venedig und Genua. Der wirtschaftliche König dieser Zeit ist das Haus Fugger in Augsburg, dessen Einfluß durch den ganzen Kontinent reicht, dessen Geld beispielsweise 1519 die Wahl Kaiser Karl V. finanzierte. Die Entdeckung der Neuen Welt verlegte allmählich das Schwergewicht in die westeuropäischen Staaten. Dazu kam, daß diese teilweise einfach Zahlungseinstellung an die deutschen Kaufleute verfügten. Gegen die neuen, nationalen Staaten konnten diese im ohnmächtigen Reiche sich nicht wehren, und verloren den größten Teil ihres Kapitals. Ebenso verhängnisvoll ist bekanntlich die Schwäche des Reiches für die Hanse geworden, die so schicksalsmäßig untergehen mußte. Aber auch die materielle Blüte trug am kommenden Verfall durch ihre sittlichen Forderungen schuld. Verschwendungssucht und sinnloser Luxus, Raub und Bällerei rissen ein und lähmten die Arbeitskraft. Als Symbol dieser Erscheinungen kann das hausgroße Weidberger Raß gelten, das 1590 gebaut, und tatsächlich mit Wein gefüllt und „ausgetrunken“ wurde.

(Fortsetzung folgt.)

Allgemeine Rundschau

Die Streikkasse der Unternehmer

Vor kurzem hielt der „Deutsche Industrie-Schutzverband“ in Effenach seine 21. Generalversammlung ab. Der Bereich des Verbandes erstreckt sich über das ganze Reich und auf alle Industriezweige. Die Unternehmer hatten zahlreiche Vertreter zur Tagung entsandt.

Bei der Erstattung des Geschäftsberichtes wies der Geschäftsführer des Verbandes, Herr Generaldirektor Grüner, darauf hin, daß das Jahr 1925 in der Geschichte des Verbandes bisher das freiestrichigste war, das treffe zu sowohl für die Zahl der betroffenen Betriebe, als auch auf die Dauer der Streiks. 2330 Betriebe von Mitgliedern wurden bestreikt. Die Durchschnittsdauer der Streiks für die Gesamtheit der Betriebe betrug 38 Tage. Das Bau-gewerbe und die Holzverarbeitungsindustrie waren am stärksten betroffen. An Streikentschädigung wurde 1.337.000 Mark gezahlt. Gewiß für 2330 Betriebe keine gewaltige Summe. Sie spricht dafür, daß vornehmlich kleinere Betriebe zu den Mitgliedern des Industrie-Schutzverbandes gehören. Der Vermögensbestand des Verbandes ist nach dem Bericht ein guter.

Natürlich fehlte es auf dieser Tagung auch nicht an den „Schmeicheleien“ für die Gewerkschaften, Parteien und Regierungen. Die „Arbeitsgesetzgebung ist falsch“, die „Lohnpolitik ist noch falsch“, und die Zwangswirtschaft ist nach Ansicht der Generalversammlung auch eine recht unglückliche. Den Arbeitgebern muß die notwendige wirtschaftliche Freiheit wiedergegeben werden usw. Natürlich wurden auch Wahrheiten gesagt. Unter anderem wurde darauf hingewiesen, daß der Wettbewerb um den Absatz erfolgreich gestaltet werden müsse. Durch eine gesteigerte Güterproduktion könne die gewünschte Preisregulierung vorgenommen werden, dann sei auch eine bessere Gestaltung des Lebensstandards der Arbeitnehmer gewährleistet. Das letztere ist leider bekanntlich sehr häufig nicht der Fall. In sehr vielen Industriezweigen ist es trotz wesentlicher Steigerung der Produktion weder zur Preisregulierung noch zur Verbesserung der Lebenshaltung des Arbeitnehmers gekommen.

Der Streikschutz der Unternehmer zeigt den Unorganisierten recht deutlich, was sie zu tun haben. Wahrscheinlich, das Unternehmertum kann sich nicht über einen Mangel an Organisationen beklagen. Es weiß den Wert der Vereinigung von Einzelkräften zu schätzen. Sie organisiert sich nach allen Seiten und sichert sich ihre gute Erörterung. Die unorganisierten Arbeitnehmer aber, die vielfach heute kaum noch ein ganzes Hand auf dem Leibe haben und nicht wissen, ob sie morgen noch ausreichend essen können, sehen die Notwendigkeit einer Organisation nicht ein.

Die Unfallberufsgenossenschaften ein Bollwerk des Unternehmertums

In der Zeitschrift „Der Arbeitgeber“ vom 1. August dieses Jahres schreibt Dr. h. c. Meesmann in einem Artikel über die Berufsgenossenschaften u. a. folgendes: „Wenn man berücksichtigt, welche Bedeutung die Berufsgenossenschaften, in denen durch gesetzliche Zwang alle Unternehmer gleichartiger Betriebe vereinigt sind, für den Aufbau unserer wirtschaftlichen und Arbeitgeberorganisationen ausgedeut haben, so wird man verstehen, welches Gewicht jene (die sozialpolitischen) Schriftleitung, Kreise einer Befestigung der Berufsgenossenschaften beilegen. Sies, namentlich der jüngeren Generation angehörende Vertreter der Wirtschaft wissen es nicht mehr, wie dieser neurale Boden der Unfallversicherung die Organisation unserer wirtschaftlichen und Arbeitgeberverbände gefördert, ja manchmal erst ermöglicht hat.“

Die Berufsgenossenschaften stellen sich demnach dar als ein Herz und Bollwerk des Unternehmertums gegen die sozialistische Einstellung unserer heutigen Verleger.“

Schließlich sind die Berufsgenossenschaften aus einem sozialen Grunde ins Leben gerufen worden. Der Verfasser aber findet es ganz natürlich, daß sie die wirtschaftlichen und Kameradenorganisationen des Unternehmertums stärken. Das bringt uns den Artikel 161 der Reichsverfassung in Erinnerung. Er lautet: „Zur Erhaltung der Gesundheit und Arbeitsfähigkeit, zum Schutze der Mutterschaft und zur Vorbeugung gegen die wirtschaftlichen Folgen von Alter, Schwäche und Wechseljahren des Lebens schafft das Reich ein umfassendes Versicherungswesen unter maßgebender Mitwirkung der Versicherten.“ In der Unfallversicherung hat die Arbeiterchaft heute keinerlei Einfluß. Die Folgerungen sind naheliegend, und hoffentlich mündern sich Herr Dr. Meesmann und „Der Arbeitgeber“ nicht, wenn sie zu gegebener Zeit gezogen werden.

Der Primitivweizenverbrauch geht zurück

Nach den neuesten Ziffern über den Absatz von Primitivweizen zu den verschiedenen Zwecken, die kürzlich in einer Sitzung des Rates der Reichsmonopolverwaltung für Branntwein bekanntgegeben wurden, betrug der Absatz für Primitivweizen in Deutschland in den drei Monaten Oktober bis Dezember 1925, also in der Jahreszeit, in der sich das Dauergebräu abzuwickeln pflegt, 151.000 Hektoliter gegenüber 197.000 Hektoliter in der gleichen Zeit des Vorjahres. Selbst wenn man die dem Monopolk angeschlossenen ablieferungsfreien Brennereien, deren Erzeugung sich gleichzeitig etwas erhöht hat, noch einschließt, so ist doch erfreulicherweise ein Rückgang gegenüber dem Vorjahr um 32 Hektoliter, d. h. rund 15 Prozent, nämlich von 209.000 Hektoliter im letzten Quartal 1924 auf 177.000 Hektoliter in der gleichen Zeit des Jahres 1925 zu verzeichnen.

Wie die Preise hochgehalten werden

Es ist kaum glaublich, aber Tatsache, daß man eine Reihe deutscher Artikel im Auslande billiger kauft, als im eigenen Lande. So wird die Japanpasta „Shirodon“ in

Am 25. Sept. 1926 ist der neununddreißigste Wochenbeitrag für das Jahr 1926 fällig.

schäßen. Dies gibt die sicheren Fundamente ab, auf denen allein aufbauende Arbeit im Sinne der Wirtschaftsumgestaltung erfolgen kann.“

Darin liegt kurz und klar ausgedrückt, was wir wollen: aber auch was der einzelne tun muß, wenn wir zum Ziel kommen wollen. Daß es notwendig ist, nach der Verwirklichung des sozialen Gemeinschaftsgedankens in der Wirtschaft zu streben, beweist uns leider jeder Tag aufs neue. Das persönliche Gewinnstreben ist doch das größte Hindernis in unserem genossenschaftlich-gewerkschaftlichen Streben nach einer gerechten Bewertung der Arbeitskraft, auch für den Arbeiter gegenüber einer geradezu unjünglichen Ueberbewertung für zahlreiche „führende und leitende Personen“ in der Wirtschaft.

Daß es möglich ist, zu einem größeren Einfluß der Arbeitnehmer in der Wirtschaft zu kommen, dafür ist der Stand der wirtschaftlichen Eigenunternehmungen der Arbeitnehmer doch der beste Beweis. Konjunktionsgenossenschaften, Bau- und Produktionsgenossenschaften, Volksbank, Volks- und Feuerversicherung usw., sie alle mußten einmal anfangen; mußten sich ideell und materiell durchsetzen und jahrelanger Arbeit bedurfte es, bis sie den heutigen Stand erreichten. Mußte unsere gesamte Gewerkschaftsbewegung nicht auch einen langen und schwierigen Weg vorausgehen, ehe solche Aufgaben eigenwirtschaftlicher Unternehmungen in unseren Reihen aufgebaut werden konnten? Und dürfen wir uns nun nicht freuen über die bisherigen Erfolge? Jede einzelne der vorgenannten eigenwirtschaftlichen Unternehmungen kann mit bedeutenden Zahlen und Werken den Nachweis bringen, daß Großes geschaffen ist, und darin liegt auch der Nachweis, daß sich noch Großeres schaffen läßt.

Wird alles das auch von den Kollegen in unseren Reihen anerkannt mit der rechten Freude an dem so oft betonten und geforderten „Mitbestehen in der Wirtschaft“? Oder ist nicht die Kritik an Vorhandenen größer, als die so notwendige freundliche Eingabe an ein Werk, das noch vollendet werden muß und vollendet werden soll? Und diese Mitarbeit des einzelnen Kollegen ist hier genau so notwendig als in der gewerkschaftlichen Arbeit. „Nimm ist nicht an einem Tage erbaut.“ Der Sinn dieses Satzes ist allen bekannt. Aber die gewaltigen wirtschaftlichen Kräfte, die uns heute in den Fabrikantenverbänden und Konzernen entgegenstehen, sind auch nicht in wenigen Jahren zu ihrer Machtstellung gekommen. Einigkeit, Willens- und Bestimmungsgemeinschaft, klares und bewußtes Streben zu einem gemeinsamen Ziel verband hier die Träger stets, und darin lag und liegt auch heute noch für sie die Kraft zu größten Leistungen, die wir anerkennen müssen. Und wie ist es in den Genossenschaften? Ist nicht der Kerngedanke der Mitgliedschaft vorwiegend die Antwort auf die Frage: Was habe ich davon? Was muß alles Schimpfen auf die Auswüchse der Reklame, wenn wir beim nächsten Einkauf für den Haushalt darauf hereinfallen? Was muß uns das Schimpfen auf die Preisdiktatur der Fabrikantenverbände, wenn wir bereitwillig ihre Kreise zahlen, obwohl gleichwertige und billigere Waren aller Art aus der Eigenproduktion der vereinigen Verbrauchergenossenschaften zu haben sind? Stellen wir uns selbst in diesen Tagen der „Verbraucherwoche“ ernsthaft die Frage, weshalb die gemeinwirtschaftlichen Unternehmungen in unserem Gesamtgebiet noch nicht das sind, was die Kritiker in unseren Reihen vollendet sehen möchten; dann kann die ehrliche Antwort nur lauten:

Wir haben auch in unseren Reihen leider noch mehr Materialisten als Ideenträger, und doch heißt es auch für uns nach alter Erfahrung: daß eine Bewegung aus dem Glauben an ihre Idee die größte Kraft schöpft. Das klar erkannte Ziel ist es, das den Willen zum Handeln immer neu belebt und stärkt. Eine Bewegung ohne Idee ist der Entwertung und dem Verfall übergeben. Der beste Kampf gegen fremde Ideenwelten ist immer die schöpferische Arbeit im Dienste der eigenen Idee.

Das Schlagwort ist in unseren Reihen vielfach noch bedeutend stärker als das Vertrauen auf unsere eigene Kraft. Freiherr vom Stein hat einmal den Gegnern seiner Reformbestrebungen gesagt, daß das Verständnis für die große Politik im Staate seinen Weg nehmen müsse über das Verstehen der Erfordernisse in der Heimatsgemeinde. Gilt das nicht auch in praktischer Anwendung für das wirtschaftliche Verstehen der zusammenhängenden Voraussetzungen einer erfolgreichen Gemeinwirtschaft? Erst örtlich etwas leisten, dann ist die Grundlage für einen Erfolg in der größeren Gemeinschaft gegeben.

Denken wir daran in der „Verbraucherwoche“, Stellen wir uns überall bereitwillig auch hier in den Diensten unserer Sache — und stellen wir nicht schließlich gar noch als christliche Gewerkschaftler unsere Kaufkraft in den Dienst der freigeberlich-sozialistischen Genossenschaften, wie es leider auch noch vorkommt. Erlassen wir in der „Verbraucherwoche“ so recht die Tatsache, daß die Gegner des sozialen Gemeinwirtschaftsgedankens in der Wirtschaft nur dann vergebens um den Endkampf ringen, wenn ihnen eine geistig rege Arbeiterschaft entgegentritt, die geneigt ist unter einem Ziel, einem Willen und einem starken Vertrauen auf die eigene Kraft.

J. Sch.

2 Millionen mehr Berufstätige in Deutschland als vor dem Kriege. Der Krieg hat auch in der deutschen Wirtschaft zu weitgehenden Umstellungen geführt. Durch die Konzentration und Mechanisierung in der Großindustrie ist Tausenden von Arbeitern die Arbeitsmöglichkeit genommen. Es muß mit der Rationalisierung in der Wirtschaft gleichzeitig auch die Frage geprüft werden, wie nun die Menschen zu Arbeit und Brot kommen. Das ist die wesentlichste und wichtigste Aufgabe, die gelöst werden muß. Die Tatsache, daß die heutige Wirtschaft durchweg einzig und allein vom Streben nach Gewinn und Dividenden geleitet wird und die christlichen Grundsätze ausgeklammert werden, trägt nicht zuletzt Schuld an dem augenblicklichen Elend. Ferner muß bei Anführung der Ursachen der Arbeitslosigkeit auf die Inflation in den anderen Ländern hingewiesen werden. Durch die Inflation besonders in Frankreich und Belgien wird der Export der deutschen Industrieerzeugnisse erschwert, vielfach unmöglich gemacht. Auf der Tagung der Handelskammer des Rheinisch-Westfälischen Industriegebietes am 15. März d. J. sagte der Präsident der Handelskammer Dortmund, Dr. Fuchs: „Die Zunahme der Arbeitslosigkeit ist eine Leutung auf den Achtstundentag.“ Das ist nicht nur die Auffassung dieses einen Mannes, sondern die des größten Teiles der Unternehmer. Wir teilen diese Ansicht nicht, sondern behaupten, nicht der Achtstundentag und die Arbeitszeitverkürzung haben zur Arbeitslosigkeit geführt, sondern das Gegenteil ist der Fall. Verkürzte Arbeitszeit und hohe Löhne tragen zur erhöhten Produktion und Belebung der Wirtschaft bei und führen zur Verminderung der Arbeitslosigkeit.

Erfreulicherweise hat sich die Zahl der Erwerbslosen in den letzten Monaten durch die Neubelebung unserer Wirtschaft verringert. Am 15. Mai betrug die Zahl der Erwerbslosen und Notstandsarbeiter 1.913.500, am 1. Juli 1.742.000. Auch im August ist eine weitere Senkung der Arbeitslosenzahlen eingetreten. Nach Mitteilung des Reichsarbeitsministers im Sozialpolitischen Ausschuss im Juni d. J. waren im Reich von 1.000 Einwohnern 28 Hauptunterstützungsempfänger. Von 1.880.000 Hauptunterstützungsempfängern waren 50.549 Jugendliche unter 18 Jahren. Man hat die Zahl der erwerbslosen Jugendlichen zu schätzen versucht, aber das Ergebnis ist unbefriedigend geblieben. Nach Auffassung des Dr. Strunden ist die Zahl der erwerbslosen Jugend auf 80.000 bis 100.000 einzuschätzen.

Die Schäden, die sich bei der arbeitslosen Jugend zeigen, kann man nach den verschiedensten Gebieten zergliedern. Aus der Arbeitslosigkeit entstehen Schäden auf sittlichem Gebiete, Schäden für den Staat, für die Volkswirtschaft und für die Nation. Der junge, heranwachsende Mensch ist in seinen Anschauungen unreif. Die junge Menschenwelt ist empfänglicher, viel mehr den Einflüssen der Umgebung unterworfen. Deshalb ist auch die Gefahr, die mit der Arbeitslosigkeit der Jugend verbunden ist, doppelt groß. Mancher arbeitslose Jugendliche hat jeden sittlichen Halt verloren. Jede Gelegenheit Geld zu verdienen, benutzt er. Oft beobachtet man, daß durch Betteln, Singen auf der Straße und Hansieren sich der arbeitslose junge Mensch seinen Unterhalt sucht. Selbst strafbare Handlungen, die ihn ins Gefängnis führen, scheuen ihn nicht ab. Arbeitslosigkeit der Jugend ist oft der Ruin für das ganze Leben.

Für den Staat und für unser Gesamtvolk ist die Arbeitslosigkeit der Jugend eine nationale Gefahr. Gerade die arbeitslose Jugend wird dem Kommunismus in die Arme getrieben. Die Rotfrontkämpfer und die radikale Jugendbewegung finden ihre Nährkräfte nur in der Arbeitslosigkeit der Jugend. Aus all dieser Not, in der die arbeitslose Jugend lebt, ergibt sich für alle Stände und Schichten die Pflicht, an der Behebung der Arbeitslosigkeit mitzuwirken. Auch wir als christliche Gewerkschaftler müssen an sittlichen und wirtschaftlichen Aufstiege der Jugend mitarbeiten. Wir wollen bei wesen den Freund und Helfer sein, die von der Arbeitslosigkeit schwer getroffen sind. Als vor über 30 Jahren die Gründer unsere christliche Gewerkschaftsbewegung ins Leben riefen, waren sie von dem einen Gedanken befeelt: Wir wollen durch unsere Arbeit den geknechteten und entrechteten Stand aufwärtsführen. Ihre Liebe zum Mitmenschen hat sie opferfreudig und hoffnungslos gestimmt. Es liegt an uns, diese Liebe zum Mitmenschen praktisch zu zeigen. Sie soll uns anspornen, unsere junge Kraft einzusetzen zum Wohle unserer Jugend, unseres Standes und des Volkes.

Verbraucherwoche

Die Konjunktionsgenossenschaften des Reichsverbandes deutscher Konsumvereine werben in der Woche vom 3.—10. Oktober einheitlich für den Zusammenschluß der Verbraucher. Eine ganze Woche auf die Werbe- und Aufklärungsarbeit der Genossenschaften einzusetzen; das ist etwas Neues, ein erster Versuch! Haben wir nicht ein besonderes Interesse daran? Kollege Jakob Kaiser, Köln, schrieb vor einigen Jahren in einer Broschüre („Die Konjunktionsgenossenschaft im Urteil führender Zeitgenossen“):

„Wir streben nach neuen Formen im Wirtschaftsleben, nach Formen, die besser sind als die bisherige Ordnung. Mit Reden, Forderungen und Gesetzen ist dieses Ziel nicht zu erreichen. Was wirklicher Fortschritt sein und Wert und Bestand haben soll, muß in praktischer Wirtschaft selbst organisch wachsen und reifen. Die Arbeit der Konsumvereine ist mit der besten Wegbahner für Regelung der Wirtschaft im Sinne der Gemeinwirtschaftsbelange. In den Konjunktionsgenossenschaften lernt der einzelne mit dem Genossen wirtschaften. Er erkennt das Mögliche und lernt das Unmögliche ab-

Deutschland hergestellt. Wer sie aber preiswert erhalten will, muß nach Holland gehen. Dort kostet eine kleine Tube 25 bis 30 Cents, also 40 bis 48 Pfennige, während sie bei uns mit 60 Pfennigen ausgezeichnet ist. Dieser Preisunterschied wird noch eigenartiger, wenn man berücksichtigt, daß bei der Einfuhr nach Holland acht Proz. des Wertes als Eingangszoll zu entrichten ist. Des Rätsels Lösung liegt in dem von den Fabriken erzwungenen Preisdiktat für den Kleinhandel, dessen Uebertragung mit Entziehung der Ware bestraft wird. Wenn es der Regierung ernstlich um eine Reduzierung der Preise auf ein erträgliches und volkswirtschaftlich gesundes Maß zu tun wäre, so müßte sie hier zunächst nach dem Rechten sehen und dürfte nicht derartige unbillbare Preisfremdungen noch durch Gesetz und Rechtsprechung sanktionieren.

Wie man 24 Tageslöhne ohne Arbeit verdienen kann

Kürzlich machte eine Presstote, die Kunde, wonach die gesamte Konsumgenossenschaftsbewegung für das abgelaufene Geschäftsjahr mindestens schon wieder einen Betrag von 50 Millionen Mark an Rückvergütungen ausgezahlt habe. Unter zahlreichen nunmehr vorliegenden Jahresabschlüssen ist eine natürliche Mitteilung in der illustrierten Familienzeitschrift „Die Genossenschaftsfamilie“ von besonderem Interesse. Die Konsumgenossenschaft „Eintracht“ in Würzburg zahlte z. B. für das abgelaufene Geschäftsjahr über 253 000 Mk. an Rückvergütungen aus. 8120 Mitglieder erhielten Beträge von 5-50 Mk. 70 Mitglieder erhielten Beträge von 50-100 Mk. Ein Mitglied hat die erhaltene Rückvergütung einmal auf sein Tagesverdienst umgerechnet. Die dazugehörigen in gleicher Weise angestellten Berechnungen für die ausgezahlten Rückvergütungen ergaben recht interessante Feststellungen. Es seien nur einige Vergleichszahlen für die Beträge über 100 Mk. genannt:

38 Mitglieder erhielten Beträge von 100,- bis 120,- M.
17 „ „ „ „ 120,- „ 140,- „
3 „ „ „ „ 140,- „ 170,- „

Auf die Tagesverdienste im Bezirk umgerechnet erhielten also diese Mitglieder bei Rückvergütungen über 100 Mk. 14 bis 24 Tagesverdienste an Rückvergütungswert ausgezahlt auf die während eines Jahres entnommenen Waren. Das ist ein geradezu glänzender Beweis für die soziale Bedeutung eines gut geleiteten genossenschaftlichen Wareneinkaufs gegenüber allen heimlichen Einwendungen.

Eine Reihe von mittleren und größeren Genossenschaftsbetrieben wäre mit ähnlichen Zahlen zu nennen. So z. B. verteilt die Konsumgenossenschaft „Vorbild“ in Effen-Altenessen für das Jahr 1925 allein rund 800 000 Mark an Rückvergütungen. Eine der kleinsten, aber auch recht gut geführten Genossenschaften in der Gifel war in der Lage, den Mitgliedern trotz Einholung der ortsüblichen Preise 8 Prozent an Rückvergütung auszahlen zu können.

Daß es nun nicht allen Konsumgenossenschaften möglich ist, solche günstigen Zahlen aufzuweisen, spricht weder gegen die Idee der Konsumgenossenschaftlichen Warenerzielung noch immer gegen die Leistungen der einzelnen Genossenschaften. Nicht in allen Genossenschaften war es so schnell möglich, die Folgen der Inflation zu überwinden; nicht in allen Genossenschaften zeigen die Mitglieder das notwendige Verständnis, durch Einzahlung der Geschäftsanteile der Genossenschaft auch das notwendige Eigenkapital zur Verfügung zu stellen. Wenn einer Konsumgenossenschaft z. B. selbst durch kleine, aber regelmäßige Teilzahlung auf den Geschäftsanteil das erforderliche Kapital zur Verfügung gestellt wird, ist die Genossenschaft sehr schnell unabhängig von Bankkrediten und Bankzinsen. Diese Ersparnisse an Zinsen für Kredite würden sofort eine Preisermäßigung in Höhe des Zinsfußes von mehr als 10 Prozent bedeuten. Das ist für die leistungsfähigen Kritiker zu dieser selbstverständlichen Kapitalforderung? Eigenartigerweise zeigt sich in zahlreichen Genossenschaften nach Auszahlung der Rückvergütung eine ganz erhebliche Umsatzsteigerung. Nehmen wir das Beispiel Würzburg, so ergibt sich die interessante Frage: hätten nicht ebensogut mindestens tausend Mitglieder den Höchstbetrag der Rückvergütung erhalten können? Das wäre doch wie ein Hundert anderen Klagen gegen so möglich gewesen, wenn die Hausfrauen alle Waren und regelmäßig in der Genossenschaft einkäufen. Oder lohnt es sich nicht, durch regelmäßigen Einkauf der Waren in der Genossenschaft am Jahresabschluß erst den Arbeitsverdienst von 14 Tagen bis zu vier Wochen als Rückvergütung zu erhalten? Freilich, wer ernten will, muß sät haben; d. h. in diesem Falle: Nur Pflichterfüllung führt auch in der Genossenschaft den Erfolg.

Die überseitsche Auswanderung

Vom Januar bis Mai 1926 haben 31 000 Deutsche ihre Heimat verlassen. Im April betrug die Zahl der Auswanderer 7107, im Mai 2017 — d. h. es war die Auswanderung im Frühjahr stärker als im Winter. Im ersten Quartal kamen 19 Prozent der ausgewanderten Erwerbstätigen aus der Landwirtschaft, 37,4 Prozent aus Bergbau und Industrie, 21,7 Prozent aus Handel und Verkehr, 3,2 Prozent aus Verwaltung, Herr und zerstreuten Berufen, 1,6 Prozent aus dem Gesundheitswesen und der Sozialfürsorge, 17,1 Prozent aus handwerklichen und sonstigen Berufen. Unter den einzelnen Industriezweigen zeichnen sich vor die Eisen- und Metallindustrie die Elektroindustrie und Maschinenbau den größten Anteil; auch das Baugewerbe war stark vertreten. Unter den ausgewanderten Angehörigen der Industrie waren etwa 8 Prozent selbständig, während die übrigen als Arbeitnehmer tätig waren.

Volkswirtschaft

Der Reinigungsprozeß in der Wirtschaft vollendet? In der Zeit vom 1. Jan. 1924 bis 1. April 1926 sind rund 25 000 deutsche Firmen ausgeschieden. Dies in Verbindung mit dem neuerlichen starken Absinken der Konsumziffern verleiht eine gewisse Presse zu der eifertigen Feststellung, der Reinigungsprozeß in der deutschen Wirtschaft sei als vollendet zu betrachten. Demgegenüber betont Dr. Leo Grebler in der „Wandlungszeitung des Berliner Tageblatts“, daß die Bedeutung der genannten Zahl nicht überschätzt werden darf. „Die Ausscheidung von über 25 000 Firmen hat sich ja nicht auf der Basis der Firmenanzahl von 1913 vollzogen, sondern auf einem weit überhöhten Niveau. Die Zahl der Firmen in allen Unternehmensformen hat während der Inflation eine Zunahme erfahren, die im ganzen vorläufig noch gar nicht zu übersehen ist, und für die hier nur zwei kennzeichnende Angaben gemacht seien: in Berlin haben sich die eingetragenen Firmen von 1913 bis Ende 1923 um fast das Doppelte vermehrt (von über 30 000 auf zirka 60 000), und nach der jochen veröffentlichten Bestandsaufnahme der deutschen Aktiengesellschaften stehen 5710 Gesellschaften im Dezember 1919 14 978 Aktiengesellschaften Ende 1925 gegenüber. Bei allen Vergleichen mit den Vorkriegszahlen bei der Statistik der Konturie, Gründungen und Auflösungen ist immer zu beachten, daß sich diese Geschäftsvorgänge auf der Grundlage einer gegenüber 1913 weit überhöhten Firmenanzahl abspielen, so daß die Zahlen in ihrer Bedeutung nicht ohne weiteres vergleichbar sind. Man wird auch trotz der festgestellten Erfolge der Reinigungsstrife nicht erwarten dürfen, daß sie die Firmenanzahl etwa auf den Stand von 1913 herabzudrücken vermag. Wir werden uns aller Voraussicht nach in Deutschland mit einer im Vergleich zur Vorkriegszeit vergrößerten Firmenanzahl abfinden müssen: unter diesem Gesichtspunkt bedeutet die festgestellte Ausscheidung von mehr als 25 000 Firmen aus dem Wirtschaftsprozess ein Ergebnis der Reinigungsstrife, das für die Betroffenen zwar gewiß schmerzhaft, im Interesse der Allgemeinheit aber zu begrüßen ist, ohne daß uns dieses Ergebnis allerdings davon zu überzeugen vermag, daß der Reinigungsprozeß schon bis zu seinem Ende durchgeführt ist.“

Weiterer Rückgang der Erwerbslosigkeit. Der Rückgang in der Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge hat auch in der ersten Augusthälfte angehalten. Die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger ist von 1 328 000 am 1. August auf 1 287 000 am 15. August 1926 zurückgegangen, die Zahl der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 324 000 auf 317 000, die Gesamtzahl von 1 652 000 auf 1 604 000. Der Gesamt rückgang beträgt rund 48 000 = 2,9 Prozent. Die Zahl der Zuschlagsempfänger (unterstützte Familienangehörige) ist von 1 645 000 auf 1 594 000 gesunken.

Das Bankkapital erobert die Industrie. Wie sehr die Macht des deutschen Bankkapitals gegenüber der Industrie in dauerndem Steigen begriffen ist, davon gibt ein deutscher Bankfachmann in der jüngst erschienenen halbjährlichen Bankrundschau des „Manchester Guardian Commercial“ die folgende Darstellung: „Es kann heute ohne Übertreibung gesagt werden, daß die Banken einen gewaltigen Einfluß auf die deutsche Industrie besitzen. Sie haben die Stellung, die sie vor dem Krieg innehatten, wiedergewonnen, so aber, daß sie nun sehr selten als Gründer oder Teilhaber erscheinen, vielmehr auf die Gewährung von Krediten einen Einfluß ausüben, der zwar indirekt, deshalb aber nicht weniger wirksam ist. Durch ihre Entscheidung über die Kreditgewährung sind die Banken in der Lage, bei den allermeisten Industrieunternehmen über Sein oder Nichtsein zu bestimmen. Das große und weltberühmte Konzern ihre Unabhängigkeit dadurch aufrechterhalten haben, daß sie Kredite im Ausland ohne Vermittlung deutscher Banken erhielten, zeigt nur noch deutlicher die Lage, in welcher sich die große Masse der deutschen Industrieunternehmen befindet. Selbstverständlich suchen die mittleren und kleineren Unternehmen neue Wege zur Lösung des Kreditproblems ohne Hilfe der Banken. Zum Teil versuchen sie, Spezialbanken zu gründen, die den Anforderungen der einzelnen Industrien angepaßt sind. Aber diese Banken sind nicht zu irgendwelcher Bedeutung gelangt, nur in besonderen Fällen, so in der Textil- und Brauindustrie, wurden Erfolge erzielt, besonders wenn die Spezialbank durch irgendeinen großen Konzern gestützt wurde. In der Automobilindustrie erlangten diese Spezialinstitute Bedeutung, indem sie mit fremdem Kapital versuchten, das Abzahlungsgehalt zu finanzieren. So oft die Banken sich in Kreditgeschäfte nicht einlassen wollen, und so oft Kredithilfe vom Ausland nicht zu erhalten ist, wenden sich die Unternehmen an das Reich, an die Einzelstaaten oder an Gemeinden. So war es besonders bei der Eisen-, Maschinen-, Lokomotiv- und Schienenindustrie, welche außerordentlich schwer unter der Wirtschaftskrise liden. Wahrscheinlich wird der selbstverantwortete Einfluß der Banken in Zukunft noch zu nehmen, weil nämlich, sobald eine wirtschaftliche Neubebauung eintritt, der Kapitalbedarf in einer großen Anzahl von Industrien stark wachsen wird. Dann wird zur Kreditgewährung noch die Ausgabe neuer Anteilsscheine hinzukommen, was sich in der weiteren Stärkung der Machtstellung der Banken auswirken wird.“

Sozialpolitik

Abkürzung der Wartezeit und Einkauf von Beitragsmonaten in der Angestelltenversicherung. Art. 2 des Gesetzes vom 28. Juli 1925 Reichs-

gesetzl. I S. 157) wird nach Anhören der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte hiermit verordnet.

Artikel I.

1. Als Deckung für die Abkürzung der Wartezeit und den Erwerb von Rentensteigerungen gemäß § 56 des Angestelltenversicherungsgesetzes ist der Unterschiedsbetrag zwischen dem Werte der Versicherung mit voller gesetzlicher Wartezeit in einer Summe zu entrichten.
2. Für die Berechnung der Deckung sind die Rechnungsgrundlagen der Denkschrift, betreffend die Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten (Nr. 986 der Reichstagsdrucksachen, 12. Legislaturperiode, 1. Session 1907/09) und, soweit die Kinderrenten in Betracht kommen, die im ersten Beiste zu der Zeitschrift „Die Angestelltenversicherung“ (1914) angegebenen Zahlen der Kinder und männlichen Versicherten zu verwenden; Als Rechnungszinssfuß ist fünf vom Hundert einzusetzen.
3. Die Abkürzung der Wartezeit kann nur für volle Jahre beantragt werden.
4. Für die Feststellung des Alters des Versicherten bei Berechnung der Deckungsmittel sind die beiden Lebensjahre maßgebend, die er nach dem Zeitpunkt des Beginns der Versicherung und nach Eingang des Abkürzungsantrages bei der Reichsversicherungsanstalt für Angestellte vollendet.
5. Bei der Abkürzung der Wartezeit ist diejenige Gehaltsklasse zugrunde zu legen, die dem durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienste der letzten zwölf Monate vor dem Antragseingang entspricht, oder auf Antrag eine höhere, mindestens jedoch die Gehaltsklasse C. In besonderen Fällen kann die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte die Abkürzung in der Gehaltsklasse B gestatten.

Artikel II.

1. Der Einkauf von Beitragsmonaten nach Erfüllung der Wartezeit erfolgt durch Entrichtung der entsprechenden Anzahl von Gehaltsklassenbeiträgen in einer Summe.
2. Ergibt sich beim Eintritt des Versicherungsfalles, daß infolge des Einkaufes mehr Monate mit Beiträgen zur Angestelltenversicherung oder mit Erbszeiten im Sinne des § 382 und der Verordnung vom 7. Februar 1925 Reichsgesetzl. I S. 10) belegt sind, als Kalendermonate zwischen dem Tage des Eintritts in die Angestelltenversicherung und dem Versicherungsfalle liegen, so werden die überschüssigen Beitragsmonate dem Versicherten bei der Ermittlung des Steigerungsbetrages mehrfach angerechnet, und zwar, wenn der Einkauf erfolgt ist im Alter bis zu 20 Jahren, dreifach, über 20 Jahre bis zu 30 Jahren, zweifach, über 30 Jahre bis zu 40 Jahren, eineinhalbfach, über 40 Jahre bis zu 50 Jahren, zu sieben Sechsteln, über 50 Jahre bis zu 60 Jahren, einfach.
3. Für die Feststellung des Alters des Versicherten ist dasjenige Lebensjahr maßgebend, das er nach Eingang des Einkaufsantrages vollendet.

Artikel III.

Die nach Artikel I und II erworbenen Beitragsmonate gelten allgemein als Beitragsmonate im Sinne des § 55 Abs. 3 des Angestelltenversicherungsgesetzes, für die dem Einkauf nachfolgende Zeit auch als Beitragsmonate im Sinne des § 54 a. a. O. (Verordnung des Reichsarbeitsministeriums vom 14. Juli 1926.)

Bekanntmachung

Gleiwitz

Ein Verbandsbuch auf den Namen Sambol, Viktor, geb. 28. Okt. 75 zu Wilhelmsherg, eingetr. 10. Nov. 1919 in Gleiwitz, ist zum Uebertritt hier eingekandt worden, ohne Angabe, an welche Ortsgruppe dies zurückzuführen ist. Bitte um Meldung im Verbandsbüro Gleiwitz. S. S.

Bücherchau

Die Fabrikarbeit der verheirateten Frau. Oktavformat 36 Seiten, Preis 30 Pf. Zu beziehen durch den Zentralverband christlicher Textilarbeiter Deutschlands, Sitz Düsseldorf, Florastraße 7.

Bei Gelegenheit einer größeren Kundgebung des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands aus Anlaß des 20jährigen Bestehens einer christlichen Textilarbeiterbewegung in Deutschland, hielt der früher beim Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften Deutschlands und als Schriftleiter der „Deutschen Arbeit“, Monatschrift für die Bestrebungen der christlich-nationalen Arbeiterchaft tätig gewesene Dr. Theodor Brauer, jetzt ordentlicher Professor an der Technischen Hochschule zu Karlsruhe, einen Vortrag über die Fabrikarbeit der verheirateten Frau. Dieser Vortrag wurde zusammen mit einem wertvollen Anhang mit natürlichem Material über die in Deutschland und in außerdeutschen Ländern beschäftigten weiblichen Erwerbstätigen in Broschürenform herausgegeben. Kollege Dr. Brauer hat in seinem Vortrage in allgemein verständlichen Darlegungen Entstehung und Umfang der Fabrikarbeit verheirateter Frauen sowie die Gründe für die Fabrikarbeit geschildert. In dem Hauptteil seiner Rede beipricht er die Wirkung der Fabrikarbeit verheirateter Frauen auf die Arbeiterin, auf die Familie und auf das Volk. Der Schlußteil des Vortrages ist den Abwehrmaßnahmen gewidmet. Die Schrift behandelt die Fabrikarbeit der verheirateten Frau — nicht nur etwa die in der Textilindustrie — ganz allgemein und ist darum für alle in sozialen Organisationen Tätigen überaus lehrreich.

Sterbetafel

Am 5. August verunglückte tödlich durch Abitur vom Gerüst unfer Kollege **Wilhelm Reifegang** (Mannert).
Verwaltungsstelle Offen.
Ehre seinem Andenken!